

G e s c h i c h t e (S c h o a h), P o l i t i k (N a h o s t) u n d e v a n g e l i s c h e T h e o l o g i e

Wie können wir heute verantwortlich von Israel sprechen?

I. Der Wortlaut des RSB

II. Kontextuelle Theologie ist „...eine lebendige Begegnung des universalen Evangeliums mit den Realitäten, denen sich die Menschen an ihren jeweiligen Orten gegenüber sehen.“

III. „... fortgesetzt und abgeschlossen“ oder doch: „... abgesetzt und fortgeschlossen“?

IV. „... dieses mächtig in die Weltgeschichte hineingestellte Fragezeichen...“

V. Gottes ISRAEL-INTER-ESSE

(Vorab:

In Ihrem *Rahmen Programm der Ges. f. chr.-jüd. Zusammenarbeit* lese ich auf der Seite 92 in der Ausschreibung zum heutigen Abend zunächst mit Schrecken:

„Im 80. (!) Jahr der Existenz des Staates Israel ist es an der Zeit, diesen Lernprozess möglichst vorurteilsfrei zu evaluieren.“

Dieser Druckfehler hat aber seinen Reiz. Stellen Sie sich vor, was es bedeutet hätte, wenn Israel schon im Jahr 1938 existiert hätte!

Was für ein lebensrettender Segen hätte das für viele Juden sein können!!!

Was für einen anderen Gang hätte die jüdische Geschichte, die deutsche Geschichte, die Weltgeschichte nehmen können!!!

Dieser dumme Druckfehler macht also schlagartig klar, was für eine Bedeutung der Staat Israel für uns alle heute hat.

Mit dieser Vorbemerkung lassen Sie uns direkt zur Sache kommen: Als Theologe der EKIR beziehe ich mich heute in Sachen Israel immer auch auf den Beschluss der Rheinischen Landessynode von 1980. Und deshalb beginnen wir mit dem Wortlaut des RSB).

I. Der Wortlaut des Rheinischen Synodalbeschlusses Nr. 37 vom 11. 1. 1980 ¹

Für uns Rheinländer sind die Worte des sog. RSB zwar „der heiligen Schrift nicht gleich gehalten, und doch nützlich und gut zu lesen“², wenn es um unser heutiges Verhältnis zu Israel geht. Die einschlägigen Sätze des RSB lauten:

Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich. (Röm 11,18b)

1. In Übereinstimmung mit dem „Wort an die Gemeinden zum Gespräch zwischen Christen und Juden“ der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 12. Januar 1978 stellt sich die Landessynode der geschichtlichen Notwendigkeit, ein neues Verhältnis der Kirche zum jüdischen Volk zu gewinnen.

2. Vier Gründe veranlassen die Kirche dazu:

(1) Die Erkenntnis christlicher Mitverantwortung und Schuld an dem Holocaust, der Verfemung, Verfolgung und Ermordung der Juden im Dritten Reich.

(2) Neue biblische Einsichten über die bleibende heilsgeschichtliche Bedeutung Israels (z. B. Röm 9-11), die im Zusammenhang mit dem Kirchenkampf gewonnen worden sind.

(3) Die Einsicht, daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind (vgl. Studie „Christen und Juden“ III. 2 und 3).

(4) Die Bereitschaft von Juden zu Begegnung, gemeinsamem Lernen und Zusammenarbeit trotz des Holocaust.

¹ Synodalbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ vom 11. Januar 1980 (im Folgenden RSB), in: Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945-1985, hg. von R. Rendtorff und H.H. Henrix, Paderborn/München 1989², (im Folgenden: Kuj I) S. 594

² Luther Einführung in die Apokryphen

II. Kontextuelle Theologie ist „...eine lebendige Begegnung des universalen Evangeliums mit den Realitäten, denen sich die Menschen an ihren jeweiligen Orten gegenüber sehen.“

(Definition von kontextueller Theologie auf der 5. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi 1975)

Geschichte und Politik gehören ebenso in den Kontext jeder theologischen Überlegung wie das „Wort Gottes“ und seine Adressaten. Theologisches Denken ohne jeden Bezug auf Geschichte und Politik ist unfruchtbar wie eine taube Nuss.

Theologische Aussagen sind niemals zeitlos gültig. Theologische Aussagen sind immer auch auf einen bestimmten Ort bezogen. Theologische Aussagen sind immer auch von einer bestimmten Sprache geprägt. Tora und Evangelium gehen alle Menschen an, aber niemals uns alle in gleicher Weise. Darum sind theologische Aussagen über jüdisches Leben heute und über den Staat Israel überhaupt nur zu verantworten, wenn sie erkennbar aus den Zusammenhängen kontextueller Theologie entwickelt werden und also die Bedingungen ihrer Entstehung und die Bedingtheiten ihrer Aussagen mit reflektieren: Warum sagst du etwas zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort? Welche absehbaren Konsequenzen erwartest du mit dieser Aussage bei den Adressaten auszulösen?

„Wir haben die biblische Botschaft nur in ihrem jeweiligen Kontext und kontextuelle Theologie ist analysierende Theologie. Sie analysiert zuerst sich selbst, die eigene Tradition, aber auch die gesellschaftlichen Situationen und Bedingungen. Aber sie ist nicht ein letzter Maßstab, wenn es darum geht, Gottes Willen ernst zu nehmen.“³

Wenn wir den Kontext unseres RSB bedenken, dann stellt sich zu allererst die Frage, wieso eine christliche Kirche überhaupt dazu kommt, die „*fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes*“ zu problematisieren, indem sie das andauernde Leben von Juden ausdrücklich theologisch begründen zu müssen meint. Schon diese Frage lässt den Abgrund der Kirchengeschichte erkennen, an dessen Rand wir heute immer stehen, wenn wir theologische Aussagen über Israel machen. Denn entweder steht hinter dieser Frage unausgesprochen das alte christliche Vorurteil, es dürfe nach Christi Tod und Auferweckung eigentlich gar keine Juden mehr geben; sie hätten durch Jesu Tod am Kreuz ihr Existenzrecht eigentlich verloren, und darum bedürfe ihre Fortexistenz einer besonderen theologischen Begründung. In dem Fall wäre diese Formulierung allerdings eine finstere Fortführung des 2000-jährigen christlichen Antijudaismus. – Oder die Formulierung von der „*fort-*

³ Martin Stöhr, Jüdisch-christlicher Dialog und palästinensische Theologie. Ein notwendiger Streit in der Ökumene, in: M. Stöhr, Dreinreden, hg. v. K. Müller und A. Wittstock, Wuppertal 1997, S. 160

dauernden Existenz des jüdischen Volkes“ als einem Zeichen der Treue Gottes versteht sich als Hinweis auf Gottes Reaktion auf den von uns nicht unterbundenen, vielmehr z. T. auch von unserer Seite seit 2000 Jahren vorbereiteten und in der Generation unserer Väter von vielen Christen auch aktiv unterstützten Versuch, das jüdische Volk in der Schoah auszurotten.

Da wir dem RSB eine judenfeindliche Motivation keinesfalls unterstellen können, müssen wir diese theologische Grundaussage jedenfalls von vorne herein als eine selbstkritische, auf die Sünde unserer Kirche zielende Spitze verstehen: Hier wird Gottes Treue gegen unsere Untreue ins Feld geführt.

Zum Kontext des RSB gehört auch ein kurzer Blick in die Kirchengeschichte seit 1945. Als unsere rheinische Landessynode im Januar 1980 ihren Beschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden fasste, kam sie - zusammen mit der weltweiten christlichen Ökumene - von einer langen Nachkriegsgeschichte christlicher, fast autistischer Selbstbeschäftigung her. Die Synode von Weißensee spricht zwar im Jahr 1950 – wenn auch deutlich relativierend – von Mitschuld „*an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist*“; aber auch anderthalb Jahre nach der Gründung des Staates Israel, in dem Überlebende dieses „Frevels“, der Schoah, endlich eine sichere Zuflucht aus deutschen Vernichtungslagern gefunden haben, ist dieser Staat der Synode keine Erwähnung wert.⁴

Dasselbe Bild zeigen auch Texte der Ökumene aus dieser Zeit. Man konnte mit dem Staat Israel eigentlich nichts Rechtes anfangen. Ja, man konnte oft noch nicht einmal den Namen dieses Staates akzeptieren. So spricht z. B. der Zentralkomitee des ÖRK noch im Jahr 1956 wörtlich von der „*Errichtung des **Israeli-Staates***“.⁵ Anscheinend wollte man damit den biblischen Begriff *Israel*, der ja von den Gründungsvätern des Staates 1948 bewusst und mit Vorsatz gewählt worden war⁶, ausdrücklich vermeiden, um sich von der jüdischen Identifizierung mit der biblischen Geschichte zu distanzieren. „*Israelis*“ gibt es in der Bibel ja noch nicht! – Unsere Kirche war in ihren öffentlichen Verlautbarungen bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts bestenfalls mit der eigenen Schuld und mit dem eigenen Versagen gegenüber dem jüdischen Volk, also letzten Endes – wenn auch mit den besten Absichten – nur mit sich selbst befasst.

⁴In: Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945-1985, hg. v. R. Rendtorff und H. H. Henrix, München 1988 (Kuj I), Dok E.III.2, S. 548f

⁵ Kuj I, Dok E 1.4, S. 335

⁶ EKD, Christen und Juden III, weist unter der Überschrift „Israel – Land und Staat“ im ersten Satz ausdrücklich darauf hin: „Die Existenz des Staates Israel, der in seiner Gründungsurkunde und mit seinem Namen ausdrücklich an biblische Traditionen anknüpft, macht es Christen unmöglich, von Israel so zu sprechen, als handle es sich dabei nur um eine Größe der Vergangenheit. Der moderne jüdische Staat fordert Christen dazu heraus, über ihr Verhältnis zum jüdischen Volk nachzudenken.“ – Der heutige Leser kann dazu nur mit Äsop bemerken: „*Hic Rhodos, hic salta!*“. Aber der Präses hatte ja schon im Vorwort erklärt, da sei nun etwas „abgeschlossen“, s.u. Kap. III „Fortgesetzt und abgeschlossen“.

Der Staat Israel kam in den meisten ökumenischen und in praktisch allen Texten der deutschen Kirchen damals nicht vor⁷. Wenn er aber doch einmal ausdrücklich angesprochen wurde, dann in einer verräterisch verdrehten Form. So beschließt z. B. die Vollversammlung des ÖRK im September 1948 eine „*Erklärung über ‚Das christliche Verhalten gegenüber den Juden‘...*“ – Wir können schon der Überschrift entnehmen, dass auch hier die Christen im Grunde mit sich selbst beschäftigt sind und verständlicherweise das eigene Versagen reflektieren und bearbeiten wollen. Dort lässt dann aber – ein halbes Jahr nach der Staatsgründung Israels (!) – der Punkt 5 unter der Überschrift „*Das Staatwerden Israels*“ aufhorchen: Sollte hier doch der neue und heiß umkämpfte Staat Israel endlich in den Blick kommen? – Der erste Satz lautet dann allerdings – und es klingt fast bedauernd: „*Wir sehen, dass die Schaffung des Staates ‚Israel‘ dem christlichen Ringen mit dem jüdischen Problem eine neue, politische Dimension verleiht und den Antisemitismus durch politische Befürchtungen und Feindseligkeiten zu komplizieren droht*“.⁸

Was unseren ökumenischen Theologen hier zum Staat einfällt, ist dann doch wieder nur eine Pirouette um sich selbst. Der Staat Israel bringt jetzt für sie – gemeint ist vermutlich „bedauerlicherweise“ – eine politische Dimension ins Thema, die alles nur noch komplizierter macht. Das klingt ganz so, als hätte die vorausgehende, jahrhundertealte christliche Judenfeindschaft nicht schon immer auch eine politische Dimension gehabt. Und auch nun erst wird – nach dieser Formulierung – der Antisemitismus kompliziert, was er anscheinend vor der Staatsgründung nicht gewesen wäre?! – Die historische und politische Realität Israels stört die christlichen Kreise, aber sie fordert anscheinend nicht zu einem neuen, Geschichte, Politik und Theologie zusammenführenden und kontrastierenden Denken heraus.

Noch im April 1969 spricht der Lutherische Weltbund lieber von der „*Theologie des Verhältnisses von Kirche und jüdischem Volk*“. Und wieder trifft man kontextlose Feststellungen, die ebenso allgemein wie nichtssagend sind, und die das Täter-Opfer-Gefälle einfach „wegbügeln“: „*Als Christen können wir nur dann über das jüdische Volk sprechen, wenn wir zuerst sagen, dass wir alle Menschen sind, die unter Gottes Gericht stehen und seine Vergebung brauchen. Wir alle sind zuerst Menschen und erst dann Juden oder Christen. Alles, was wir hier über das jüdische Volk sagen, ist im Licht dieser Überzeugung zu sehen.*“⁹ Unverkennbar ist bei dieser Formulierung der Wunsch, eine möglichst allgemeingültige und in dieser Allgemeinheit eine möglichst unverbindliche Aussage zu machen. Mit solchen Formulierungen wird zu-

⁷ Einzelne Theologen hatten sich freilich schon viel früher an die konkrete Frage der Staatsgründung herangewagt, so z. B. Karl Barth im Jahr 1949: „*Und sie (sc. die Juden) scheinen heute, nach der schlimmsten Katastrophe ihrer Geschichte, eben mit jener Staatsgründung in Palästina im Begriff zu sein, dafür zu sorgen, dass sie auch in Zukunft erst recht und mehr als je da sein werden.*“ (K.B., Die Judenfrage und ihre christliche Beantwortung, in: K. Kupisch, Hg., Der Götze wackelt, Berlin 1961, S. 145)

⁸ Kuj I, 328

⁹ Kuj I, 365

dem das in der Bibel ausdrücklich betonte Gefälle „*dem Juden zuerst und auch dem Griechen*“¹⁰ schlichtweg geleugnet.

So weit ich sehe, findet sich die erste ausgesprochene und ausführliche **theologische** Beschäftigung einer **Kirche** mit dem **Staat** Israel in dem Text der Niederländisch Reformierten Kirche vom 16. 6. 1970 „*Handreichung ,Israel: Volk, Land und Staat*“¹¹. Dieser Text fragt von vorne herein schon in der Einleitung: „*Warum sprechen wir über den Staat Israel?*“. Dort heißt es „*In unserer Zeit ist der Staat Israel eine der Formen, in denen das jüdische Volk in Erscheinung tritt. Wir würden abstrakt reden und der Wirklichkeit nicht gerecht werden, wenn wir jetzt über das jüdische Volk nachdenken würden, ohne in unsere Überlegungen den Staat ausdrücklich mit einzubeziehen.*“ Der Text argumentiert mit der biblischen Erkenntnis, dass die Erwählung Israels auf allen Ebenen die Erwählung dieses Volkes und dieses Landes mit einander verbindet. Und unter den heute gegebenen politischen Verhältnissen kann allein die staatliche Verfassung, also der Staat Israel, den Juden die Möglichkeit bieten, ihre Rolle in der Völkerwelt zu spielen. „*So bleibt es dabei, dass der, der die eigene Rolle des jüdischen Volkes inmitten der Völker einmal bejaht hat..., auch zur Bejahung der Staatsform für dieses Volk kommen muss. Weil diese Bejahung ... also letzten Endes auf Glaubensgründen beruht, kann dies in der christlichen Gemeinde keine Sache freibleibender Diskussion sein.*“¹²

Die Niederländer weisen dann allerdings konkret auf zwei aus biblischer Sicht gegebene besondere Aspekte der Staatlichkeit Israels hin:

1. Mit diesem grundsätzlichen Ja zum Staat Israel sind keinerlei Aussagen über die gültigen Grenzen des Staates heute gegeben; solche Grenzziehungen ließen sich aus der Bibel nicht begründen.

2. Anders als vermeintlich andere Völker¹³ erheben die Juden keinen ererbten Rechtsanspruch auf dieses Land, denn das Land war ebenso zu Josuas Zeiten (Landnahme!) wie im Jahr 1948 (Staatsgründung) nicht menschenleer; Israels Ansiedlung in diesem Land hat von Anfang an auch Verdrängung und Vertreibung anderer Bewohner und also historische und politische Probleme mit sich gebracht. Diese lassen sich nur auf politischem Wege lösen.¹⁴

¹⁰ Römer 2,9-10; Röm 9-11

¹¹ Kuj I, 461 - 478

¹² Kuj I, 475

¹³ Vgl. Martin Noth, Geschichte und Gotteswort im Alten Testament, in: M. N., Gesammelte Studien zum Alten Testament, München 1960, S. 245: „*Israel war nicht von jeher. Es ist im Kreise der altorientalischen Völkerwelt erst geworden. Es ist nicht, wie die Völker sonst im allgemeinen von sich behaupten, von Anfang an im Besitze des von ihm später bewohnten Landes gewesen, sondern hat dieses Land in einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt erst besetzt und dabei ältere Landesbewohner verdrängt.*“

¹⁴ Vgl. dazu - auch im Zusammenhang mit der jüngst wieder militant erhobenen palästinensischen Forderung auf „Rückkehr in die Heimat“- Karl Barth, Um das Heimatrecht, 1960 in: K. Kupisch, Hg., K.B., „Der Götze wackelt“, Berlin 1961, S. 179: „*Heimat*“ ist eine

Kontextuelle Theologie kann also den historischen Veränderungen und den politischen Schwierigkeiten nicht ausweichen, gerade wenn sie theologisch verantwortlich sprechen will. Aber sie muss sich auch immer wieder selbst in Frage stellen und analysieren, ob sie unter den gegebenen Umständen noch immer zu ihren eigenen Aussagen stehen kann.– So hat z. B. die niederländische Theologin Fleeseman-van Leer zwanzig Jahre später den Überlegungen von 1970 widersprochen mit dem Argument, bestimmte Formulierungen dieses Textes hätten der Mystifizierung und Ideologisierung Israels gedient. Darum unterscheidet sie nun zwischen der Rückkehr vieler Juden ins ‚Gelobte Land‘ als einem Zeichen der Treue Gottes und der heutigen Realität des Staates als einem politisch und völkerrechtlich zu betrachtenden Problem.¹⁵

Wir müssen also hier festhalten:

1. Wir können nur im Rahmen einer kontextuellen Theologie verantwortlich theologische Aussagen machen.
2. Weil Kontexte sich ändern, kann kontextuelle Theologie niemals ewig gültige und darum auch niemals abschließende Aussagen machen.
3. Kontextuelle Theologie in evangelischer Tradition ist darum eine Theologie zur ständigen Wiedervorlage (*semper reformanda*).

III. „... fortgesetzt und abgeschlossen“ oder doch: „... abgesetzt und fortgeschlossen“?

Der damalige Präses der EKD, Manfred Kock, leitet die 3. Studie der EKD „Christen und Juden“ mit folgenden Worten ein: „*Mit der Studie... ‚Christen und Juden III‘... wird die Reihe der Studien fortgesetzt und abgeschlossen.*“¹⁶ – Der Eindruck ist kaum zu vermeiden, dass damit von vorne herein gesagt werden sollte: nun ist es genug; die Kirche hat auch noch andere Themen. Dabei weist die Studie selber an vielen Stellen darauf hin, dass es noch weiteren dringenden Klärungsbedarf gibt, besonders, was den Staat Israel betrifft. Dazu kommt, dass sich die politische Entwicklung im Nahen Osten seit

unverdiente Gabe.. Es gibt keine absolutes ‚Recht‘ auf Heimat. Die Heimat kann dem Menschen genommen werden oder sonst verloren gehen.“

¹⁵ Vgl. Simon Schoon, Erneuerung ... Einige Bemerkungen aus den Niederlanden, in: EKIR, Zur Erneuerung... Würdigung des Beschlusses ... nach 25 Jahren (Handreichung 2005), S. 15

¹⁶ EKD, Christen und Juden III, Schritte der Erneuerung im Verhältnis zum Judentum, Gütersloh, 2000, S. 7

dem RSB von 1980 deutlich verändert hat und dass sich damit die Dringlichkeit neuer Stellungnahmen deutlich verschärft hat.¹⁷

- Nach Gründung und raschem Erstarben des Likud Blocks¹⁸ im Jahr 1973,
- nach dem furchtbaren Wechselbad der Hoffnungen, als Begin und Sadat im Jahr 1977 das Entflechtungsabkommen am Sinai ausgehandelt hatten, wofür beide gemeinsam im Jahr 1978 den Friedensnobelpreis bekommen hatten,
- mit dem nachfolgenden tiefen Rücksturz in alte militärische und zivile Gewalttaten, vom Libanonfeldzug (1982) der Israelis bis zu Terrorangriffen von Al Fatah und Hamas,
- mit dem Verbrechen von Sabra und Schatila, als vom 16. bis zum 18. September 1982 christliche Milizen unter den Augen der untätigen israelischen Besatzungsmacht, zum Teil mit Bildern der Jungfrau Maria auf ihren Gewehrkolben, im Libanon hunderte¹⁹ palästinensischer Männer, Frauen und Kinder massakrierten²⁰,
- mit den beiden Intifadas von 1987 und 2000-2005,
- mit dem Händedruck von Jizchak Rabin und Jassir Arafat am 31. 12. 1993,
- mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Jizchak Rabin im Jahr 1995,
- mit dem hemmungslosen und völkerrechtswidrigen Siedlungsbau auf palästinensischem Territorium unter Sharon und Netanjahu,
- mit dem faktischen Scheitern des Friedensprozesses von Oslo (1993 bis zum ergebnislosen Abbruch am 25. Juli 2000 – Camp David II: Barak/Arafat),
- mit der seit 2002 wachsenden, bis zu 8 Meter hohen, euphemistisch „Sperranlage“ genannten, Stahlbetonmauer mitten durch Jerusalem,
- mit dem Kairos-Palästina Dokument vom 11. 12. 2009, das die Lage der Palästinenser unter israelischer Besatzung drastisch schildert, und die Politik des Staates Israel und die scheinbare Gleichgültigkeit der Kirchen Europas dafür verantwortlich macht,
- und jüngst mit der Entscheidung von Präsident Trump, ohne Rücksicht auf die UN-Resolution von 1947²¹, die eine diplomatische Lösung der Jerusalem-Frage im Rahmen einer Zweistaatenlösung unter UN-Ägide verlangt, die amerikanische Botschaft von Tel-Aviv nach Jerusalem zu verlegen und damit die Hauptstadtfrage einseitig zu entscheiden,

¹⁷ Neben den folgenden Stichworten vgl. neuerdings Michael Volkmann, Reformationsjubiläum und christlich-jüdischer Dialog - eine Zwischenbilanz, in: BLICKPUNKTE, 2018, 1, S. 2-7

¹⁸ <https://en.wikipedia.org/wiki/Likud>HaLikud, lit., The Consolidation), officially, the Likud-National Liberal Movement, is a centre-right to right-wing political party in Israel. A secular party, it was founded in 1973 by Menachem Begin and Ariel Sharon in an alliance with several right-wing parties.

¹⁹ Die Zahl der Opfer kann nur geschätzt werden. Die Schätzungen gehen von mehreren hundert bis zu 3500 Toten.

²⁰ Dieses Massaker ist von den christlichen Kirchen im Libanon offenbar niemals aufgearbeitet worden, so dass bis heute manche der Täter noch immer skrupellos dazu stehen. Vgl. dazu FR vom 16. 9. 2012 <http://www.fr.de/politik/libanon-die-antrainierte-routine-des-toetens-a-806459>

²¹ UN-Resolution Nr. 181 vom 29. 11. 1947

- und mit der fundamentalistischen Haltung, in der der US Außenminister und evangelikale Christ Mike Pence am 23. 1. 2018 an der Klagemauer in Jerusalem – sichtlich losgelöst von jedem konkreten Kontext – betet, Gott möge die Juden und immer auch den Staat Israel segnen.

Das alles sind beispielsweise Entwicklungen, die immer wieder fragen lassen, ob sich in oder hinter ihnen die Treue Gottes zu seinem Volk Israel noch erkennen lässt, oder ob sie nicht vielmehr unsere theologische Aussage von 1980 grundsätzlich ad absurdum führen?

Die erste Frage ist demnach: Wie könnte denn unter diesen Umständen das Nachdenken der EKD über „Juden und Christen“ wirklich „abgeschlossen“ sein?!

Die zweite Frage lautet: Wie hält es die EKD mit der rheinischen Formulierung von der Staatsgründung als einem Zeugnis der Treue Gottes, nachdem sie diese nur referiert, aber nicht eindeutig übernimmt oder verwirft?

Und drittens ist zu fragen: Welche Sprache sprechen in diesem Zusammenhang die einschlägigen Entscheidungen der EKIR seit 1980?

Die erste Frage ist eindeutig zu beantworten: Die Beschäftigung unserer Kirche mit Israel kann niemals abgeschlossen sein, solange der Messias Israels noch nicht wieder erschienen ist.

Die zweite Frage muss nach einer *conclusio e silentio* so beantwortet werden: Die EKD stimmt der rheinischen Erklärung von 1980 nicht zu.

Die Antwort auf die dritte Frage deutet sich schon in der Überschrift zu diesem zweiten Kapitel an: „*abgesetzt und fortgeschlossen*“. Es könnte so scheinen, als ob unsere rheinische Kirche das Thema heute weitgehend von der Dringlichkeitsliste ihrer Agenda abgesetzt hätte. Zwar hatte der Beschluss des Jahres 1980 „*zunächst innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland erhebliche Wirkungen*“.²² So hatte die Landeskirche zunächst ein eigenes Landespfarramt für christlich jüdischen Dialog im Landeskirchenamt (bis 2010: Studienstelle „Christen und Juden“) eingerichtet. Dann wurden diverse Änderungen der Kirchenordnung diskutiert und beschlossen und schließlich erfolgte im Jahr 1996 sogar mit einem „*magnus consensus*“ die ganz außergewöhnliche Maßnahme einer Änderung der KO mit der Ergänzung des Grundartikels, in der die Kirche neben der Bindung an die gültigen

²² Selbstdarstellung der EKIR: <http://www.ekir.de/www/ueber-uns/meilensteine-der-erneuerung-13874.php>

christlichen Glaubensbekenntnisse in solenner Weise die gemeinsame, Juden und Christen verbindende eschatologische Hoffnung betont:

„Sie bezeugt die Treue Gottes, der an der Erwählung seines Volkes Israel festhält. Mit Israel hofft sie auf einen neuen Himmel und eine neue Erde“²³.

Seit dem 11. Januar 1996 steht dieser Satz neben dem Bekenntnis zu Jesus Christus, dem Zeugnis der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments, dem apostolischen, dem nicänischen und dem athanasianischen Bekenntnis, den reformatorischen Bekenntnissen und der Barmer Erklärung als verbindliche Grundlage unseres Glaubens fest. Das waren tatsächlich „*zunächst erhebliche Wirkungen*“.

Daran schloss sich dann aber ein seit Jahren fortschreitender struktureller Abbau dieses Themas im Landeskirchenamt an. Zunächst wurde das eigene Landespfarramt für den christlich jüdischen Dialog mit ursprünglich unmittelbarer Anbindung an die Kirchenleitung aufgelöst und in die Hand eines Referenten für das christlich jüdische Gespräch gelegt; dieser wurde zum 1. 1. 2011 in das Ökumenereferat eingegliedert. Im vergangenen Jahr folgte der vorläufig letzte Schritt, als der Referent zum leitenden Dezernenten für Theologie ernannt wurde. Dazu nahm man die Arbeit am christlich jüdischen Dialog mit hinein in folgende Arbeitsplatzbeschreibung: *„Das Dezernat ... ist u. a. zuständig für theologische Grundsatzfragen, ethische und systematische Fragen, konfessionelle Theologie, Evangelisation, Kirchenmusik, Gottesdienst, christlich-jüdischen Dialog, Dienst von Prädikantinnen und Prädikanten, Rheinische Kirchengeschichte und das Hochschulwesen.“²⁴* – Das Thema des RSB von 1980 und damit auch die Auseinandersetzung mit dem Staat Israel scheint nun sichtlich keine besondere Dringlichkeit mehr zu haben und es scheint als sei es von der obersten Prioritätenliste *„abgesetzt und fortgeschlossen“* unter allen anderen für eine Kirche auch wichtigen Themen. Und die Frage ist, ob wir damit wieder hinter den RSB von 1980 zurückfallen und damit auch die Staatlichkeit Israels aus unseren theologischen Überlegungen wieder ausblenden können?

Die heutige Präses der EKD-Synode Irmgard Schwaetzer formulierte im vergangenen Jahr zum Thema „Jüdisch-christlicher Dialog“: *„Ich finde, dass die protestantische Theologie seit dem Zweiten Weltkrieg schon viele wichtige Erkenntnisse gesammelt hat, die wir zum größten Teil auch in den Grundordnungen unserer Landeskirchen niedergeschrieben haben. Das kann aber noch*

²³ Grundartikel I, Absatz 8

²⁴ <http://www.ekir.de/www/service/pm-volker-haarmann-leitet-kuenftig-das-dezernat-theologie-28480.php>

nicht der Schlusspunkt sein, sondern wir müssen in dieser Richtung weitergehen.“²⁵

Und in diesem Sinne eines weitergehenden Erkenntnisprozesses sendet nun auch die jüngste Arbeitshilfe der EKIR zum Thema „70 Jahre Staat Israel“²⁶, in der der Präses auf die kommende gemeinsame Israel-Reise der Kirchenleitung mit dem Vorstand des Landesverbandes Nordrhein der jüdischen Gemeinden zum 70-jährigen Bestehen des Staates hinweist, ein anderes Zeichen. Der 70. Jahrestag der Staatsgründung ist „auch für uns in der Evangelischen Kirche im Rheinland ein Grund zur Mitfreude. ... Als Christinnen und Christen freuen wir uns gemeinsam mit dem Volk Israel an Gottes Treue...“

IV. „... dieses mächtig in die Weltgeschichte hineingestellte Fragezeichen...“²⁷

Natürlich ist die Gründung des Staates Israel im Jahr 1947 auch eine „zufällige Geschichtswahrheit“²⁸, durch die in theologischer Hinsicht nichts demonstriert oder bewiesen werden kann. Und es ist ein gründliches Missverständnis unseres RSB, wenn die theologische Aussage von der Treue Gottes umgedreht wird und zum nicht hinterfragbaren Beweis für das Recht des Staates Israel oder gar zur politischen Rechtfertigung für das sichtbare Unrecht, das Palästinenser heute auch durch den Staat Israel erfahren, verdreht wird. Das ist z. B. das bedauerliche Missverständnis evangelikaler Christ-Zionisten.

Das Bekenntnis zur Treue Gottes objektiviert nichts und rechtfertigt keinerlei politische oder historische Entwicklungen oder Entscheidungen. Kontexttheologische Aussagen können und dürfen nicht in politische – oder gar militärische – „Marschbefehle“ umfunktioniert werden, wie wir das heute z. B. auch in gewissen evangelikalen Kreisen der USA beobachten können. Ebenso wenig taugen verantwortliche theologische Aussagen als Wegweiser zu politischer Totalopposition, wie wir sie z. B. auf jüdischer Seite bei den Satmarer Chassidim mit ihrem angeblich gottgewollten Antizionismus sehen.

Unser Bekenntnis zur Treue Gottes, die sich auch in der Staatsgründung spiegelt, ist ein Wegweiser, der uns auf dem Weg des Glaubens auch auf

²⁵ I. Schwaetzer, Geleitwort zur Dokumentation der Tagung „Reform der Reformation. Jüdisch-christliche Lehrinhalte in der theologischen Ausbildung“, epd Dokumentation Nr. 21 vom 23. März 2017

²⁶ www.ekir.de/url/bBF

²⁷ Karl Barth, KD III,3, 245

²⁸ G. E. Lessing, Über den Beweis des Geistes und der Kraft, 1777: „Zufällige Geschichtswahrheiten können der Beweis von ewigen Vernunftwahrheiten nie werden.“ K. Wölfel, Hg., Lessings Schriften. Dritter Band, Ffm., 1967, S.309

dieses Datum hinweist: Seht auch da hin! Problematisiert, diskutiert, schärft und formuliert eure Gedanken auch im Blick auf diese politischen Gegebenheiten! - In diesem Sinne hatte es schon im Jahr 1990 auch der reformierte Bund formuliert:

„Dies – sc. dass wir dem Staat Israel, seiner Lebensgestalt und seiner Entwicklung, besonders in seinen Gefährdungen und Bedrohungen zugewandt und verpflichtet sind – bedeutet nicht, dass wir in der Existenz des Staates Israel unmittelbar die endzeitliche Erfüllung der Verheißungen erkennen könnten. Es bedeutet aber ausdrücklich, dass wir denen widersprechen, die Israel als Volk, Israel als Land und Israel als Staat aus den Fragen des Glaubens und der Theologie fernhalten möchten.“²⁹

Allerdings lässt sich dieser Pfeil eben nicht zugleich umdrehen, sodass wir gleichsam umgekehrt aus der Geschichte heraus Gottesgedanken erkennen, begründen oder gar beweisen könnten. Wer Richtungsanzeiger und Wegweiser einfach umdreht, führt Menschen vorsätzlich in die Irre.

Das hat Lessing wohl vor Augen gehabt, wenn er in seinen *Theologischen und philosophischen Schriften* folgende Überlegung anstellt:

„Wenn Gott in seiner Rechten alle Wahrheit und in seiner Linken den einzigen immer regen Trieb nach Wahrheit, obschon mit dem Zusatz, mich immer und ewig zu irren, verschlossen hielte, und spräche zu mir: ‚Wähle!‘ ich fiel ihm mit Demut in seine Linke und sagte: ‚Vater, gib! die reine Wahrheit ist ja doch nur für dich allein!‘“³⁰ – Jede unserer Wahrheiten und jedes unserer Bekenntnisse gehört nach Lessings Verortung in „die Linke“, in die Rubrik des „einzigen immer regen Triebs nach Wahrheit, obschon mit dem Zusatz, mich immer und ewig zu irren.“

Wenn wir also vom Zeichen der Treue Gottes sprechen, dann beweist und rechtfertigt das keinerlei politische Entwicklung ante quam oder post quam, es fokussiert und diszipliniert aber den christlichen Glauben zur Auseinandersetzung mit dem Lebenskontext seiner alltäglichen Geschichte in der Nachbarschaft und an der Seite Israels. Und zu diesem Prozess der Fokussierung und Selbstdisziplinierung gehört dann auch das, dass Theologie sich zuerst selbst analysiert, und damit die eigenen Traditionen, aber auch die gesellschaftlichen Situationen und Bedingungen hinterfragt.³¹ Bei dieser fälligen Selbstanalyse wird dann aber sofort klar, dass unsere theologische Aussage hier kein selbstgewisses Aus-

²⁹ Hauptvers. des Reformierter Bundes, Leitsätze in der Begegnung von Juden und Christen vom 12. 5. 1990, in: H. H. Henrix und W. Kraus, Hg., Die Kirchen und das Judentum, Bd. II, Paderborn/Gütersloh 2001, S. 603 ff, ausführliche Erläuterungen, hier zit. n. EKD, Christen und Juden III, S.83

³⁰ G. E. Lessing, Eine Duplik, ebd. S. 321f

³¹ Vgl. Martin Stöhrs Zitat, s. o. Anm. 1

rufungszeichen, um so mehr aber ein produktiv provozierendes Fragezeichen zu setzen hat. Das **Zeichen** der Treue Gottes ist dann zu allererst ein unübersehbares **Fragezeichen** hinter unserem menschlichen Tun und Lassen und Unterlassen.

Karl Barth versteht die ganze Geschichte Israels „*als jenes große Fragezeichen ... als dieses mächtig in die Weltgeschichte hineingestellte Fragezeichen*“.³² Und dabei müssen wir natürlich die eine Krümmung des Fragezeichens auch hinter die Geschichte und Politik Israels zeichnen. Die andere Krümmung des Fragezeichens aber weist viel größer, viel stärker, viel ausdrucksvoller auf uns selber. Das Zeichen der Treue Gottes, das wir auch in der Staatsgründung 1947 wahrzunehmen meinen, ist zugleich das große Fragezeichen hinter unserer Treulosigkeit Gott und dem von IHM erwählten Volk Israel gegenüber.

Das Zeichen der Treue Gottes können wir nicht als Ausrufungszeichen im Sinne eines irgendwie gemeinten göttlichen „basta!“ verstehen. Wir können es vielmehr nur als ein Fragezeichen über der durchaus offenen und noch nicht entschiedenen, aber von Gottes Verheißungen überstrahlten, historischen und politischen Lage begreifen. Und gerade wenn wir Israels Lage heute historisch und politisch analysieren, dann finden wir auf allen Seiten Zeichen dafür, dass immer „noch alles drin ist“.³³

Nehmen wir das Beispiel der Al-Aksa-Intifada, die im Jahr 2000 begann. Es ging um die Bedeutung des Tempelbergs in Jerusalem, die angeblich für beide Seiten zum status confessionis geworden war. Bei genauer historischer Betrachtung zeigt sich aber, dass noch 1967, am Ende des Sechstage Krieges, die israelische Militärbehörde der Meinung war, es sei richtig, diesen Ort der Verwaltung der islamischen Stiftung Waqf zu unterstellen, zumal die jüdische Seite seit Jahrhunderten gerade die Heiligkeit dieses Ortes damit untermauern wollte, dass ein frommer Jude ihn nicht betreten durfte. Das hatte Ariel Sharon aus machtpolitischem Kalkül beiseite geschoben und war mit starkem Polizeischutz hinaufgestiegen und hatte damit den vom Staat Israel bis dahin selbst gewollten status quo verletzt und die Intifada ausgelöst. Er hatte also das bis dahin respektierte Fragezeichen gewaltsam in ein Ausrufungszeichen umzubiegen versucht. Und heute sind bis zu 90 % der Israelis, auch der religiösen Zionisten, davon überzeugt, dass das richtig gewesen sei und dass man die Herrschaft auch über den Tempelberg nie wieder aufgeben dürfe, ohne dass sie sich daran erinnern wollen, dass noch 1967 die staatlichen israelischen Behörden selber die Situation ganz anders beurteilt hatten.

Eine ebenso gewaltsame Umschmiedung des Fragezeichens zum Ausrufungszeichen versucht nun die amerikanische Trump-Administration mit der Ent-

³² Karl Barth KD III,3, 245

³³ Zum Folgenden vgl. Michael Volkmann, Ölbaum online Nr. 113, 3. 40 Jahre KLAKE

scheidung, Jerusalem schon im kommenden Jahr zum Sitz der US-Botschaft zu machen und damit die Hauptstadtfrage einseitig zu entscheiden. Bisher war durch UN-Beschluss von 1947 die Hauptstadtfrage in der Schwebelage gehalten worden. Das war ein international respektiertes Fragezeichen bis zu einer kommenden Friedenslösung unter UN-Ägide oder bis „zum Kommen des Messias“. Mit lautstarker Unterstützung evangelikaler Zionisten wird nun aus dem treuen Fragezeichen Gottes ein machtpolitisches und treuloses Ausrufungszeichen der Trump-Netanjahu-Koalition.

Ähnliches ließe sich über die Bedeutung Jerusalems sagen. Sowohl in islamischer Literatur als auch in jüdischer Literatur werden die Rolle und die Bedeutung Jerusalems immer wieder unterschiedlich beschrieben. Die vielen religiösen Ausrufungszeichen, die beide Seiten immer wieder hinter den Namen Jerusalems setzen wollen, sind bestenfalls verfrüht, jedenfalls niemals eindeutig.

Nur in einer Perspektive sind sich zumindest alle jüdischen Texte zu Jerusalem einig: sie sprechen alle von Jerusalem in einer Erwartungshaltung. Diese - theologisch ausgedrückt – eschatologische Tonlage gibt das wichtigste jüdische Gebet, das Achtzehnbittengebet (die Amidah), mit folgender Bitte vor:

„Und nach Jerusalem, Deiner Stadt, kehre in Barmherzigkeit zurück, wohne in ihr, wie du gesprochen, erbaue sie bald in unseren Tagen als ewigen Bau, und Davids Thron gründe schnell in ihr. Gelobt seist du Ewiger, der du Jeruschalajim erbaust!“³⁴

Jeder fromme Jude, jeder fromme Christ und jeder fromme Muslim könnte verstehen, dass man von Jerusalem nur so, nämlich unter der eschatologischen Perspektive der Treue Gottes sprechen kann. Es ist die Treue Gottes, die unsere ganze Geschichte, Politik und Theologie in Spannung hält und herausfordert. Die Staatsgründung Israels hat diese Erkenntnis nicht verschleiert, sondern eher noch verstärkt.

Darum ist die theologische Aussage, die „die Errichtung des Staates Israel als ein Zeichen der Treue Gottes“ versteht, im 70. Jahr der Existenz des Staates Israel mit Nachdruck zu betonen und immer wieder kontextuell zu reflektieren, mit dem Ziel, dass eines Tages alle Bewohner des Nahen Ostens sie als Verheißung und nicht als Bedrohung verstehen können.

³⁴ 14. Bitte des Amidah-Gebets, dem zentralen Gebet der jüdischen Liturgie

V. Gottes ISRAEL – INTER – ESSE und unsere GOTTESVERSTÖRUNG

Wir Christen können die Frage nach den Zeichen der Treue Gottes niemals aufgeben, solange wir es nicht aufgeben, nach Gott zu fragen und uns von Gott fragen zu lassen. Und dieser Gedanke gilt bei uns um so mehr, je bewusster wir uns der Katastrophe der Schoah stellen.

„Eine nur von Gott selbst zu behebende Gottesverstörung erfahren Christen nach Auschwitz, die über die Schuld ihrer Widerstandslosigkeit gegen die Judenvernichtung nicht hinwegkommen, solange überlebende Juden und ihre Nachkommen von Gott verstört leben müssen. Solche Christen sehen sich vom jüdischen Leiden so mitbetroffen, dass sie von Gott nur unter dem Vorbehalt seines eigenen Lebenserweises und seiner Heilkraft an Israel sprechen können.“³⁵

Die Schlüsselszene für diesen Begriff der „Gottesverstörung“ sehe ich in der Begegnung des amerikanischen Rabbiners Richard L. Rubenstein mit dem Berliner Probst Heinrich Grüber im August 1961. Grüber hatte gerade in Jerusalem im Prozess gegen Adolf Eichmann ausgesagt. Daraufhin besuchte der Rabbiner Richard Rubenstein den evangelischen Probst Grüber in Berlin, weil er nun von ihm gehört hatte, dass er einer der wenigen Kirchenleute war, die sich klar gegen Hitler gestellt hatten. Am Ende des bis dahin unspektakulär verlaufenen Gesprächs fragt der Rabbi den Probst quasi abschließend: *„War es Gottes Wille, dass Hitler die Juden vernichtete?“* Und Grüber antwortet: *„Aus irgendeinem Grund war es ein Teil in Gottes Plan, dass die Juden starben.“³⁶*

Der Rabbiner zieht aus dieser Begegnung mit dem evangelischen Probst folgende Konsequenz: *„Nach meinem Gespräch kam ich an einen Punkt, von dem es kein Zurück mehr gab: Wenn ich an Gott, den allmächtigen Urheber der Geschichte und an Israel als sein erwähltes Volk glauben wollte, dann musste ich Grübers Schlussfolgerung akzeptieren, dass es Gottes Wille war, dass Hitler sechs Millionen Juden ermordete. Es was mir aber weder möglich, an einen solchen Gott zu glauben, noch konnte ich nach Auschwitz daran glauben, dass Israel das von Gott erwählte Volk sei.“³⁷* – Das Gespräch mit dem christlichen Theologen hat den Rabbiner so verstört, dass es seinen Glauben an Gott ganz und gar zerstört hat: Rubenstein wurde Gott los.

Diese uns Christen und uns Juden gleichermaßen, wenn auch in verschiedener Weise, angehende Gottesverstörung, in der der Glaube an Gott den Glauben an Gott zerstören kann, lässt sich nicht mehr durch Argumente, Bekenntnisse und

³⁵ F.-W. Marquardt, Jesus, Geist und Leben, Tübingen TVT-Medienverlag 2004, S. 21

³⁶ R.L.Rubenstein, After Auschwitz, 1966, p. 53f

³⁷ ebd. S. 46

Beteuerungen unsererseits beheben; sie kann nur von Gott selbst überwunden werden. Darum können wir beide, Juden und Christen niemals aufhören, nach Zeichen der Treue Gottes zu fragen und auf solche zu hoffen, solange wir nach Gott fragen. Wir sind darauf angewiesen, dass ER Zeichen setzt, wenn wir nicht gottlos werden wollen.

Und wenn das zentrale biblische Bekenntnis zur Erwählung des Volkes Israel auch für uns noch gelten soll, dann ist jede Frage nach dem gegenwärtigen Gott unlösbar verbunden mit der Frage nach Israel heute, das heißt nach dem jüdischen Volk unter den Völkern der Welt und nach dem Staat Israel, in dem 70 Jahre nach der Staatsgründung Menschen aus verschiedenen Völkern der Welt zusammen leben müssen. Denn „Gott hat Israel erwählt“, das heißt ja doch: Gott hat ein besonderes INTER-ESSE an Israel, Gott ist mitten unter ihnen. So wie der Namen *Israel* theophor ist, so müssen wir auch die Wirklichkeit Israels auf Grund der Interessensgegenwart Gottes (Erwählung) auf Zeichen der Gegenwart Gottes hin befragen.

Und auch wenn in der gegenwärtigen Lage alle Zeichen zu einem übergroßen Fragezeichen geraten – heute auch und gerade hinter der Rolle der Kirchen und der Religionen im Nahostkonflikt und hinter der Rolle der gegenwärtigen israelischen Regierung –: auch dieses übergroße Fragezeichen kann ich nur verstehen als ein Zeichen der Treue, des besonderen INTER-ESSES, dass Gott an Israel bis heute hat. Und als die Israel zugeordnete Kirche gehen uns diese Zeichen besonders an.